

## Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge. am Donnerstag, dem 15.08.2013, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

### Stellv. Ratsvorsitzender

Herr Hans-Jürgen Hayek

### Bürgermeister

Herr Uwe Sternbeck

### Stellv. Bürgermeister/in

Herr Mustafa Erkan

Frau Ute Lamla

Herr Sebastian Lechner

### Mitglieder

Herr Harald Baumann

Herr Manfred Becke

Frau Ute Bertram-Kühn

Herr Heinrich Clausing

Herr Frank Hahn

bis 20:20 Uhr, Punkt I.23 / DS Nr. 165/2013

Herr Klaus Hendrian

Herr Dominic Herbst

Herr Thomas Iseke

Herr Hans-Günther Jabusch

Herr Wilhelm Kümmerling

Herr Manfred Lindenmann

Herr Ferdinand Lühring

Herr Wilfried Müller

Herr Tobias Mundt

Herr Jan Obramski

Herr Jens Ohlau-von der Heide

Herr Willi Ostermann

Herr Harry Piehl

Herr Andreas Plötz

Herr Stefan Porscha

Frau Sieglinde Ritgen

Frau Magdalena Rozanska

Herr Dirk Salzmann

Herr Reinhard Scharnhorst

Frau Cornelia Schulze

Herr Klaus-Peter Sommer

Herr Arne Stephan

Frau Anja Sternbeck

Herr Thomas Stolte

bis 20:15 Uhr, Punkt I.23 / DS Nr. 165/2013

Frau Monika Strecker

Herr Dieter Strege

Herr Helmut Wiczorreck

### **Verwaltungsangehörige**

Herr Stefan Bark	(Bürgermeisterreferat)
Frau Bärbel Heidemann	(Gleichstellungsbeauftragte)
Frau Marie Rabe	(Fachdienst Zentrale Dienste, Protokoll)
Herr Christoph Richert	(Vertretung Dezernatsleiter 1)
Frau Martina Wilhelms	(Fachdienst Kinder und Jugend) bis 20:00 Uhr, Beratung TOP 20
Herr Dr. Jörg Windmann	(Erster Stadtrat, Dezernatsleiter 2)

### **Zuhörer/innen**

Zuhörer	Zeitweise bis zu 11, davon 3 Vertreter der örtlichen Presse
---------	----------------------------------------------------------------

Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:33 Uhr

## Tagesordnung

	<b>Vorlage Nr.</b>
1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 06.06.2013	
3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes	
4. Zukünftige Unterbringung der Stadtverwaltung Neustadt am Rübenberge - Untersuchung von nur 2 statt 3 Standorten durch das Architekturbüro Messner, Neustadt a. Rbge.	<b>2013/171</b>
5. Bebauungsplan Nr. 148 "Mecklenhorster Straße/Winterskamp", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt - Beschluss zu den Stellungnahmen - erneuter Auslegungsbeschluss - Satzungsbeschluss	<b>2013/102</b>
6. Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013	<b>2013/161</b>
7. Erstmalige Herstellung der Straßenbeleuchtung Moordorfer Straße im Stadtteil Poggenhagen	<b>2013/132</b>
8. Antrag der Fraktion FDP/BürgerForum im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge., Änderung der Gestaltungssatzungen für das Baugebiet „Nord-West“ der Kernstadt	<b>2013/135</b>
9. Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk I (Ortschaften Bordenau, Neustadt a. Rbge. und Poggenhagen)	<b>2013/100</b>
10. Verträge mit der von Wedel GmbH & Co. KG jetzt Alite GmbH, Brauerhof 1, 31535 Neustadt a. Rbge. - Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 117 NKomVG	<b>2013/145</b>
11. Vorauszahlung der Versorgungsrücklage 2013, Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe	<b>2013/139-1</b>
12. Lizenzgebühren für das Finanzprogramm H+H Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe	<b>2013/140-1</b>
13. Leine-Schule: -Umbau von Werkstätten-Einrichtung einer Investitionsmaßnahme und Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2012	
14. Entwicklung des Primarschulbereichs der Stadt Neustadt a. Rbge. und Einrichtung eines Grundschulforums, Antrag der CDU-Fraktion auf Erweiterung des Gremiums	<b>2013/038-3</b>
15. Schaffung von Krippenplätzen durch die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Neustadt a. Rbge. in der Kita Abenteuerland Investitionskostenförderung	<b>2013/150</b>
16. Feststellung des Sitzverlustes des Stadtratsmitgliedes Dieter Strege	<b>2013/174</b>

17.	Durchführung von Reinigungsleistungen am Nordufer des Steinhuder Meeres - Abschluss einer Vereinbarung mit der Region Hannover	<b>2013/156</b>
18.	Mitgliedschaft in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas	<b>2013/146</b>
19.	Weisungsbeschluss für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe	<b>2013/160</b>
20.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen B90/Die Grünen, SPD und CDU zur Planung und zum Bau eines Hallenbades mit Freibademöglichkeit in der Kernstadt der Stadt Neustadt a. Rbge.	<b>2013/162</b>
21.	Annahme der Spende in Höhe von 2.968,62 EUR von "Hit-Radio Antenne hilft e. V.", Goseriende 9, 30159 Hannover, zum Bau des Spielplatzes in Otternhagen	<b>2013/130</b>
22.	Annahme von freiwilligen Zuwendungen mit einem Gesamtwert von 9.125,73 EUR; Förderverein der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge., Leinstraße 85, 31535 Neustadt a. Rbge.	<b>2013/148</b>
23.	Bekanntgaben	
23.1.	Bericht über Verwargelder ruhender Verkehr	<b>2013/128</b>
23.2.	Bericht über Verwargelder ruhender Verkehr	<b>2013/151</b>
23.3.	Jahresabschlussbericht für das Haushaltsjahr 2011	<b>2013/157</b>
24.	Anfragen	

**1. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der stv. Ratsvorsitzende Herr Hayek eröffnet die Sitzung. Im Anschluss stellt er die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Ratsmitglieder Hibbe, Rump, Schlicker, Spannig fehlen entschuldigt.

Da Herr Hayek den Vorsitz hat, übernimmt Herr Jabusch als ältestes anwesendes Ratsmitglied den stellvertretenden Ratsvorsitz.

Die Tagesordnungspunkte 7, 9, 13 und 17 werden auf Vorschlag von Bürgermeister Sternbeck einvernehmlich von der Beratung abgesetzt. Der Tagesordnungspunkt 23 wird einvernehmlich um den Gleichstellungsbericht, Drucksache Nr. 165/2013, erweitert.

Die Beratung zu Tagesordnungspunkt 10 wird auf Hinweis von Herrn Ostermann einvernehmlich in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung verschoben.

**2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 06.06.2013**

Der Rat der Stadt Neustadt fasst einstimmig bei vier Enthaltungen folgenden

**Beschluss:**

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 06.06.2013 wird genehmigt.

**3. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes**

Herr Manfred Korte, Hans-Zühlke-Str. 3, möchte wissen, ob das für einen möglichen Hallen- bzw. Freibadbadneubau vorgesehene Grundstück im Wert von ca. 5 Mio. EUR in die hierzu durchgeführte Kostenplanung eingegangen ist. Ferner fragt er in Bezug auf die Planung an, ob ein Gutachten mehr als nötig in Auftrag gegeben wurde.

Bürgermeister Sternbeck weist darauf hin, dass die gestellten Fragen ausschließlich die Wirtschaftsbetriebe betreffen und daher nicht Gegenstand der Ratssitzung sind. Er bittet Herrn Korte, sich dort zu informieren.

Herr Korte fragt außerdem, ob die in den letzten Jahren gestiegenen Erlöse der Stadtwerke nicht zum Anlass genommen werden sollten, die Gebühren zu senken.

Herr Sternbeck bittet Herrn Korte, sich mit dieser Frage an die Stadtwerke zu wenden. Er fügt hinzu, dass die IG BCE in Bezug auf die angesprochene Thematik im September zu einer Veranstaltung einladen wird.

**4. Zukünftige Unterbringung der Stadtverwaltung Neustadt am Rübenberge  
- Untersuchung von nur 2 statt 3 Standorten durch das Architekturbüro Messner, Neustadt a. Rbge.**

2013/171

Herr Lechner bittet um genauere Informationen zu den Interessenten, die laut Drucksache Nr. 171/2013 einen Flächenbedarf von rd. 3.700 m<sup>2</sup> angemeldet haben.

Herr Dr. Windmann entgegnet, dass der größere Teil der Interessenten derzeit außerhalb des Stadtgebietes ansässig ist und daher ein positiver Effekt für die Stadt Neustadt zu erwarten sei.

Herr Iseke befürwortet den Vorschlag, auf eine Untersuchung des Standortes Wunstorfer Str./Vorfeld ZOB zu verzichten. Die Eignung und Kostenplanung für die verbleibenden Standorte Nienburger Str. und Marktstr. Süd seien vergleichbar. Da sich außerdem der Standort Nienburger Str. im Eigentum der Wirtschaftsbetriebe befindet und der Rat bzw. die Verwaltung deshalb nicht Herr des Verfahrens seien, hält er es für sinnvoll, insgesamt auf ein Gutachten zu verzichten. Stattdessen solle der Standort Marktstr. Süd für die zukünftige Unterbringung der Stadtverwaltung ausgewählt werden. Hierdurch eingesparte Kosten sollten sodann besser in die Planung investiert werden.

Herr Herbst spricht sich für die vorgesehene Untersuchung beider Standorte aus, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

Herr Dr. Windmann teilt diese Ansicht.

Auch Herr Strege fordert unter Verweis auf den ausführlichen Diskussionsprozess der vergangenen Jahre, an der Untersuchung beider Standorte festzuhalten.

Herr Lechner plädiert ebenfalls dafür, zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung für einen der Standorte zu treffen und diesbezüglich weitere Informationen abzuwarten.

Bürgermeister Sternbeck weist auf die sich aus dem erheblichen Kostenvolumen des Vorhabens ergebende Pflicht der Stadt zur Standortuntersuchung und dem Finden von Alternativen hin. Unter Verweis auf entsprechende Weisungsbeschlüsse weist er die Behauptung von Herrn Iseke zurück, dass die Verwaltung nicht Herr des Verfahrens sei.

Herr Salzmann gibt an, eine Untersuchung beider Standorte grundsätzlich nicht abzulehnen, hinterfragt jedoch die Sinnhaftigkeit eines Gutachtens. Da beide Standpunkte vertretbar seien, kündigt er für seine Fraktion an, sich zu enthalten.

Frau Lamla empfiehlt ebenfalls, an der Entscheidung zur Standortuntersuchung festzuhalten und damit eine sichere Grundlage zu schaffen.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig bei 2 Enthaltungen folgenden

#### **Beschluss:**

Im Rahmen der Standortuntersuchung zur zukünftigen Unterbringung der Stadtverwaltung sollen nur die Standorte Marktstraße Süd und Nienburger Straße untersucht werden.

- 5. Bebauungsplan Nr. 148 "Mecklenhorster Straße/Winterskamp", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt - Beschluss zu den Stellungnahmen - erneuter Auslegungsbeschluss - Satzungsbeschluss** **2013/102**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

## **Beschluss:**

1. Den Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 148 "Mecklenhorster Straße/Winterskamp", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, wird, wie in den Anlagen 7 und 9 zur Drucksache ausgeführt, stattgegeben bzw. nicht gefolgt. Die Anlagen 7 und 9 zur Drucksache sind Bestandteile dieses Beschlusses.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 148 "Mecklenhorster Straße/Winterskamp", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, (Anlagen 1 bis 5 zur Drucksache) wird gebilligt und gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB erneut ausgelegt. Stellungnahmen dürfen nur noch zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Bebauungsplanentwurfes vorgebracht werden. Die Frist zur Stellungnahme soll 2 Wochen betragen.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung soll durchgeführt werden, indem der Bebauungsplanentwurf Nr. 148 "Mecklenhorster Straße/Winterskamp", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, einschließlich Begründung auf die Dauer von 2 Wochen öffentlich ausgelegt wird.

3. Der Berichtigung der Flächennutzungsplandarstellung gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB wird in der Fassung des Anhangs 1 zur Planbegründung zugestimmt.
4. Unter dem Vorbehalt, dass während der erneuten Auslegung keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingehen, wird der Bebauungsplan Nr. 148 "Mecklenhorster Straße/Winterskamp", Stadt Neustadt a. Rbge., Kernstadt, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen (Anlagen 1 bis 5 zur Drucksache). Die Begründung hat in der Fassung der Anlage 5 zur Drucksache an der Beschlussfassung teilgenommen.

- 6. Genehmigung der 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013** **2013/161**

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Informationsdrucksache vorliegt und deshalb keine Beschlussfassung erforderlich ist.

- 7. Erstmalige Herstellung der Straßenbeleuchtung Moordorfer Straße im Stadtteil Poggenhagen** **2013/132**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Beratung abgesetzt.

- 8. Antrag der Fraktion FDP/BürgerForum im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge., Änderung der Gestaltungssatzungen für das Baugebiet „Nord-West“ der Kernstadt** **2013/135**

Herr Salzmann bezeichnet den Vorschlag der Nichtbefassung als den falschen Weg, da eine Regelung getroffen werden müsse. Er bemängelt, dass zwischen dem Eingang des Antrages im Juni bis zur Vorlage der Drucksache im August eine zu lange Zeit vergangen sei. Herr Salzmann beantragt, den Beschlussvorschlag laut Antrag in die Fachausschüsse zu verweisen. Außerdem bittet er die Verwaltung, bei Anträgen der vorliegenden Art grundsätzlich keine vom Antrag abweichenden Drucksachen zu erstellen.

Herr Ostermann ergänzt, dass für Anträge von Fraktionen vereinbart wurde, dem Rat ohne vorherige Beratung in den Fachausschüssen eine Drucksache mit den Beschlussalternativen „Befassung“ und „Nichtbefassung“ vorzulegen. Bei gewünschter Befassung werde ein Antrag dann anschließend in die Ausschüsse verwiesen.

Herr Richert stellt klar, dass die Form der vorliegenden Drucksache den Rat in seiner Meinungsbildung nicht einschränke.

Herr Scharnhorst erklärt für die CDU-Fraktion, den Antrag grundsätzlich zu unterstützen. Der Antrag weise jedoch einen inhaltlichen Fehler auf. Statt „Gestaltungssatzungen“ müsse es „Festsetzung der Bebauungspläne“ heißen.

Herr Dr. Windmann gibt an, den Antrag grundsätzlich zu begrüßen. Er berichtet, dass in der Runde der Fraktionsvorsitzenden am 21.05.2013 die Schaffung einer einheitlichen Regelung zur Gestaltung vereinbart wurde. Eine entsprechende Satzung sei angekündigt, Einzelheiten seien jedoch noch nicht festgelegt. Das im Antrag vorgeschlagene Farbspektrum halte er für nicht ausreichend präzise. Da eine entsprechende Benachrichtigung aller Betroffenen stattgefunden habe, rät Herr Dr. Windmann, den Beschluss des Rates über die angekündigte Drucksache abzuwarten und dieses Verfahren nicht zulasten anderer wichtiger Angelegenheiten vorzuziehen. Aus diesen Gründen schlägt er Nichtbefassung vor.

Herr Strege stimmt diesem Vorschlag zu. Der Beschluss der Befassung hätte lediglich eine Außenwirkung, da die Erstellung einer entsprechenden Drucksache ohnehin in Arbeit sei. Er weist außerdem auf die Möglichkeit des Rates hin, mittels eines Änderungsantrages trotzdem eine Befassung zu beschließen.

Daraufhin beantragt Herr Salzmann, gesondert über den Verweis des Antrages laut Anlage der Drucksache in die Fachausschüsse und den Vorschlag der Nichtbefassung zu beschließen.

Der Rat lehnt sodann bei 15 Ja-Stimmen mit 22 Gegenstimmen folgenden

**Beschlussvorschlag** ab:

Der Rat verweist den Antrag der Fraktion FDP/BürgerForum vom 14.06.2013 laut Anlage der Drucksache Nr. 135/2013 in die Fachausschüsse.

Der Rat fasst weiterhin mit 22 Ja-Stimmen bei 15 Gegenstimmen folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt zu dem Antrag der Fraktion FDP/BürgerForum im Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. „Änderung der Gestaltungssatzungen für das Baugebiet „Nord-West“ der Kernstadt“ Nichtbefassung.

- 9. Neuwahl der Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk I (Ortschaften Bordenau, Neustadt a. Rbge. und Pogenhagen) 2013/100**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Beratung abgesetzt.

- 10. Verträge mit der von Wedel GmbH & Co. KG jetzt Alite GmbH, Brauerhof 1, 31535 Neustadt a. Rbge. 2013/145**

**- Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 117  
NKomVG**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wurde zu Beginn der Sitzung in den nichtöffentlichen Sitzungsteil verwiesen.

**11. Vorauszahlung der Versorgungsrücklage 2013, Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe 2013/139-1**

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

Für das Produktkonto 1110110.7865100 (Versorgungsrücklage für Beamte) wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von insgesamt 13.632 EUR beschlossen.

**12. Lizenzgebühren für das Finanzprogramm H+H Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe 2013/140-1**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Für das Produktkonto 1110120.7831100 wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von insgesamt 12.985,28 EUR beschlossen.

**13. Leine-Schule: -Umbau von Werkstätten-  
Einrichtung einer Investitionsmaßnahme und Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Haushaltsjahr 2012**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Beratung abgesetzt.

**14. Entwicklung des Primarschulbereichs der Stadt Neustadt a. Rbge. und Einrichtung eines Grundschulforums, Antrag der CDU-Fraktion auf Erweiterung des Gremiums 2013/038-3**

Frau Schulze erläutert die Beweggründe der CDU-Fraktion, nach der zweiten Sitzung des Grundschulforums den Antrag auf eine Erweiterung zu stellen. Das begleitende Institut habe in dieser Sitzung die Bitte formuliert, über die Erweiterung des Forums um Schulleitungen oder andere fachkundige Personen nachzudenken. Weiterhin drückt Frau Schulze ihre Verwunderung über die vom Antrag abweichende Formulierung des Beschlussvorschlages aus. Sie schlägt vor, über den von der CDU-Fraktion verfassten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Bürgermeister Sternbeck erklärt, dass der Verwaltungsausschuss in seiner letzten Beratung empfohlen habe, über den in der Drucksache formulierten Vorschlag zu beraten. Da zeitnah weitere Treffen des Grundschulforums stattfinden, habe man auf eine vorherige Beteiligung des Fachausschusses verzichtet.

Daraufhin lehnt der Rat mit 25 Gegenstimmen bei 12 Ja-Stimmen den im Antrag der CDU-Fraktion formulierten **Beschlussvorschlag** ab.

Herr Lechner beantragt, getrennt über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages der Drucksache Nr. 38-3/2013 abzustimmen.

Daraufhin fasst der Rat mit 24 Ja-Stimmen bei 13 Gegenstimmen folgenden

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. verzichtet grundsätzlich auf eine Veränderung der Zusammensetzung des Grundschulforums.

Weiterhin fasst der Rat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

2. Gleichzeitig wird dem Grundschulforum ein Spiel- und Gestaltungsraum in der Form eingeräumt, dass im laufenden Prozess die Möglichkeit besteht, externe Impulsgeber (z. B. Schulleiter und Schulleiterinnen, Lehrerinnen, Informationsgeber, Meinungsführer, Fachexperten etc.) zu den Forumssitzungen im Einzelfall als Sachverständige einzuladen.

**15. Schaffung von Krippenplätzen durch die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde Neustadt a. Rbge. in der Kita Abenteuerland Investitionskostenförderung**

**2013/150**

Herr Sternbeck beleuchtet aufgrund erheblicher vorangegangener Diskussionen im Jugend- und Sozial- sowie im Verwaltungsausschuss zunächst den zurückliegenden Prozess der Schaffung von Krippenplätzen in Neustadt a. Rbge. Er fordert dazu auf, die vom Rat stets sehr einvernehmlich geförderte und nunmehr erreichte Erfüllung des gesetzlich verankerten Anspruches auf Betreuungsplätze zum Anlass zur Freude zu nehmen. Er lobt auch das Engagement der freien Träger der beteiligten Einrichtungen.

Bürgermeister Sternbeck fährt fort, dass für die ländlichen Bereiche in Neustadt a. Rbge. ein notwendiger Versorgungsgrad an Krippenplätzen von 35 % und für die Kernstadt ein Grad von 50 % festgestellt wurde. Um die sich daraus ergebende Anzahl an Krippenplätzen möglichst ortsnah zur Verfügung stellen zu können, würden die in der Drucksache erwähnten 15 Betreuungsplätze nun kurzfristig benötigt. Herr Sternbeck begründet den Anstieg der Summe der Fördermittel durch die Stadt Neustadt a. Rbge. und weist in diesem Zusammenhang erfolgte Schuldzuweisungen an die Stadt Neustadt a. Rbge. zurück. Er zitiert aus einem klarstellenden Schreiben der Ev. freikirchlichen Gemeinde. Diese räumt darin ein, den Planungsaufwand für das Vorhaben unterschätzt zu haben. Abschließend bittet er um Zustimmung zur Drucksache.

Frau Wilhelms weist in Bezug auf die Erreichung des gesetzlichen Anspruches auf die Schwierigkeit hin, Fördermittel nicht verfallen zu lassen und gleichzeitig die Schaffung kostenverursachender Überkapazitäten zu verhindern. Anschließend beantwortet sie die von Herrn Sommer in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.08.2013 gestellten Fragen:

- a) Der zuständige Fachdienst habe Ende Juli 2013 von der positiven Entscheidung über die Bauvoranfrage erfahren, die Widerspruchsfrist sei Ende August abgelaufen. Die Kindertagesstätte Abenteuerland sei als sinnvoller Ort zur Schaffung zusätzlicher Plätze ausgewählt worden.

- b) Eine genaue Bezifferung der bei Ablehnung des Beschlussvorschlages entstehenden Kosten für die Unterbringung der Plätze in anderen Einrichtungen sei nicht möglich. Kosten entstünden beispielsweise, wenn Eltern ihren Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze einklagen würden. In einem solchen Fall müssten zunächst neue Standorte gefunden werden.
- c) Ohne den Investitionskostenzuschuss der Stadt würde der finanzielle Mehraufwand nicht getragen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Sommer gibt Frau Wilhelms an, dass für die wohnortnahe Unterbringung der zu betreuenden Kinder derzeit eine Grenze von 7 Kilometern Entfernung zum Wohnort als Orientierung diene.

Frau Schulze warnt mit Blick auf das lobenswerte Engagement der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde, das von einer hohen Qualität und viel Eigeninitiative geprägt sei, vor einer Bestrafung durch die Verweigerung des Zuschusses. Der Mehraufwand sei auch auf die fehlende Erfahrung der Ehrenamtlichen bei der Kalkulation zurückzuführen. Für die CDU-Fraktion kündigt sie an, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Herr Iseke bewertet die Angelegenheit positiv, da der Träger der Einrichtung durch niedrige Beiträge zum städtischen Defizit aufgefallen sei. Er bringt auf Nachfrage ein, dass die zweckentsprechende Nutzung der Einrichtung für eine Dauer von 25 Jahren vereinbart wurde.

Frau Wilhelms ergänzt, dass diese Dauer an die vom Land vorgegebene Zweckbindung für deren Fördermittel angelehnt sei. Bei einer vom vereinbarten Zweck abweichenden Nutzung innerhalb dieses Zeitraumes müssten die Fördermittel an das Land zurückgezahlt werden.

Herr Sommer äußert im Namen der SPD-Fraktion den Wunsch, auch den Zuschuss der Stadt Neustadt a. Rbge. auf dieselbe Weise wie die Fördermittel des Landes abzusichern. Unter dieser Bedingung werde man dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Frau Schulze meint, dass ein solches Vorgehen nur möglich sei, wenn es in Zukunft für alle ähnlichen Förderzuschüsse angewandt werde.

Herr Iseke weist darauf hin, dass der Träger nicht für möglicherweise zurückgehende Kinderzahlen verantwortlich sei.

Bürgermeister Sternbeck erklärt, dass Zuwendungen von der Stadt für bestimmte Zwecke an Dritte gezahlt werden. Werde der vereinbarte Zweck nicht mehr gewährleistet, habe eine rechtliche Prüfung zu erfolgen, bei der es sich um eine Entscheidung im Einzelfall handle.

Herr Hayek schlägt vor, den Beschlussvorschlag mit dem Zusatz zur Abstimmung zu stellen, dass mit dem Zuschuss an die Gemeinde ähnlich wie mit Fördermitteln des Landes verfahren wird.

Die Herren Sommer und Becke sprechen sich für diesen Vorschlag aus.

Herr Becke ist der Ansicht, dass ein solcher Beschluss keine Bestrafung für die Gemeinde bedeute. Der Antrag der SPD-Fraktion diene lediglich dazu, ein Mitspracherecht der Stadt für den Fall zu sichern, dass die Einrichtung nicht weiter für soziale Zwecke genutzt werde.

Daraufhin stellt Herr Lechner den Änderungsantrag, den vorliegenden Beschlussvorschlag um den Zusatz zu erweitern, dass eine entsprechende Förderrichtlinie für zukünftige Zuschüsse gelten soll. Für den Zuschuss an die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde solle auf die Anwendung einer solchen Regelung verzichtet werden, da der Träger hierüber nicht im Vorfeld informiert war.

Die Herren Salzmann und Herbst unterstützen letzteren Vorschlag mit dem Ziel, Schwierigkeiten mit dem Träger zu vermeiden und das notwendige Projekt nicht zu gefährden.

Bürgermeister Sternbeck schlägt vor, den Beschluss laut Drucksache mit dem folgenden Zusatz zu fassen: „Der Rat bittet die Verwaltung um einen Vorschlag, wie die Mittelbindung künftig gewährleistet werden kann.“

Herr Sommer beantragt um 19:10 Uhr eine Unterbrechung der Sitzung.

- - -

Die Sitzung wird um 19:20 Uhr fortgesetzt.

Herr Sommer ist der Meinung, dass eine festgeschriebene Zweckbindung des Zuschusses keine Schlechterstellung der Gemeinde bedeute, da anderen Trägern ein Zuschuss in der Vergangenheit gänzlich verweigert worden sei. Die SPD-Fraktion verfolge weiterhin den Antrag auf sofortige Anwendung einer Förderrichtlinie.

Herr Herbst widerspricht dieser Auffassung. Er sieht die Notwendigkeit, Folgekosten zu verhindern, die beispielsweise aus Klagen entstehen könnten.

Herr Ostermann weist auf die in der Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses ausführlich dargestellten Vorstellungen des Trägers über eine mögliche Nachnutzung der Einrichtung unter sozialen Gesichtspunkten hin. Spekulationen seien an dieser Stelle nicht angebracht.

Die Herren Salzmann und Iseke sprechen sich dafür aus, eine Richtlinie für zukünftige Zuschüsse einzuführen, im vorliegenden Fall dem Träger jedoch Vertrauensschutz zu gewähren und deshalb dem Ursprungsantrag zuzustimmen.

Daraufhin lehnt der Rat bei 15 Ja-Stimmen und einer Enthaltung mit 21 Gegenstimmen folgenden

**Beschlussvorschlag** ab:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. bewilligt der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Neustadt einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von bis zu 150.000 EUR zur Schaffung von 15 Krippenplätzen in der Kindertagesstätte Abenteuerland.

Die Mittel werden im Haushalt 2014 zur Verfügung gestellt.

Der Zuschuss an die Gemeinde wird auf dieselbe Weise wie Landeszuschüsse nach den Fördermittelrichtlinien des Landes behandelt.

Weiterhin fasst der Rat einstimmig bei 2 Enthaltungen folgenden

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. bewilligt der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Neustadt einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von bis zu 150.000 EUR zur Schaffung von 15 Krippenplätzen in der Kindertagesstätte Abenteuerland.

Die Mittel werden im Haushalt 2014 zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Drucksache mit einem Vorschlag zu erstellen, wie Zuschüsse in Zukunft analog zu den Landeszuschüssen behandelt werden können.

### **16. Feststellung des Sitzverlustes des Stadtratsmitgliedes Dieter Strege 2013/174**

Bürgermeister Sternbeck verweist auf die Anlage zur Drucksache Nr. 174/2013.

Er blickt auf die langjährige Mitgliedschaft von Herrn Strege im Stadtrat zurück. Herr Strege habe im Laufe dieser Zeit großes Ansehen erworben. Herr Sternbeck dankt Herrn Strege für sein Engagement im Namen der Stadt Neustadt, wünscht ihm alles Gute für die Zukunft und überreicht ein Präsent.

Daraufhin fasst der Rat einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge stellt fest, dass Herr Dieter Strege seinen Sitz im Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge verliert.

### **17. Durchführung von Reinigungsleistungen am Nordufer des Steinhuder Meeres - Abschluss einer Vereinbarung mit der Region Hannover 2013/156**

Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Beratung abgesetzt.

### **18. Mitgliedschaft in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas 2013/146**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Stadt Neustadt am Rübenberge tritt als beitragsfreies Mitglied in die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ein.

### **19. Weisungsbeschluss für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe 2013/160**

Herr Richert beantwortet die von Herrn Mundt in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 12.08.2013 gestellte Frage: Die Gewinnrücklage der Wirtschaftsbetriebe zum 31.12.2012 belaufe sich auf ca. 7,7 Mio. EUR. Darin sei die Zuführung des Gewinnes von rund 1,9 Mio. EUR aus dem Jahr 2012 noch nicht enthalten. Es sei vorge-

sehen, diese Rücklage für sinnvolle Maßnahmen, wie z. B. den Bau eines neuen Hallenbades, zu verwenden.

Herr Ostermann summiert unter Berücksichtigung der genannten Zahlen die Überschüsse der Stadtwerke und die Rücklagen der Wirtschaftsbetriebe aus den vergangenen Jahren. Aufgrund der sich daraus ergebenden Höhe der Gesamtrücklage halte er die geltenden Energiepreise für nicht zeitgemäß. Für die UWG-Fraktion kündigt er deshalb an, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Aufgrund einer Frage von Herrn Mundt zu den in der Drucksache aufgeführten Zahlen **beschließt** der Rat einstimmig, den im Zuhörerbereich anwesenden Geschäftsführer der Stadtwerke Neustadt a. Rbge., Herrn Helmut Eisbrenner, um Auskunft zu bitten.

Herr Eisbrenner teilt daraufhin mit, dass der Verlust der Blockheizkraftwerke und Hallenbad GmbH (BHKW) für das Jahr 2011 403.000 EUR und für das Jahr 2012 405.000 EUR betrage.

Nach einer weiteren Diskussion **beschließt** der Rat mit 32 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen und einer Enthaltung erneut, Herrn Eisbrenner um ergänzende Informationen zu bitten.

Frau Lamla verlässt den Sitzungssaal um 19:50 Uhr und nimmt nicht an der abschließenden Abstimmung teil.

Herr Eisbrenner erläutert, dass für jede Tochter- bzw. Beteiligungsgesellschaft der Wirtschaftsbetriebe GmbH ein gesonderter Jahresabschluss erstellt werde. Aus einem solchen ergeben sich die zuvor genannten Verluste der BHKW. Ein von Herrn Mundt genannter Gewinn sei dem konsolidierten Abschluss für den gesamten Konzern entnommen und entspreche nicht dem bilanziellen Ergebnis der BHKW.

Daraufhin fasst der Rat mit 31 Ja-Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen folgenden

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. erteilt dem Bürgermeister Weisung, entsprechend den für die Sitzung der Gesellschafterversammlung übersandten Beschlussvorschlägen zu beschließen.

#### **20. Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen B90/Die Grünen, SPD und CDU zur Planung und zum Bau eines Hallenbades mit Freibademöglichkeit in der Kernstadt der Stadt Neustadt a. Rbge.**

**2013/162**

Frau Lamla nimmt ab 19:58 wieder an der Beratung teil.

Bürgermeister Sternbeck begrüßt den Antrag und die daraus abzuleitende grundsätzlich bestehende Einigkeit der Fraktionen und betont, dass man erst am Anfang der Planungen stehe. Er berichtet, dass im Verwaltungsausschuss der Wortlaut des Beschlussvorschlages in „Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. befürwortet das Vorhaben der Wirtschaftsbetriebe...“ geändert wurde.

Herr Lechner erklärt für die CDU-Fraktion, den Vorschlag zu unterstützen und dem weiteren Verfahren nicht im Wege zu stehen. Er betont, dass für eine Entscheidung über einen Neubau allerdings die Vorlage detaillierter Planungen abgewartet werden müsse.

Herr Salzmann spricht sich dagegen aus, den Inhalt des Antrages und die Entscheidung über einen Neubau separat zu betrachten. Unter Verweis auf andere kostenintensive Projekte, die derzeit von der Stadt geplant werden, äußert er seine Bedenken bezüglich der Finanzierung eines Hallenbadneubaus im Hinblick auf die Haushaltssituation in der Zukunft.

Herr Iseke teilt diese Bedenken. Er warnt insbesondere vor einem möglichen Gewinnrückgang der Stadtwerke, der dazu führen könnte, dass ein neues Bad nicht mehr zu finanzieren sei.

Herr Ostermann äußert, er habe den Eindruck, dass die Sanierung der vorhandenen Bäder einem Neubau untergeordnet werde. Detaillierte Angaben zu einer Sanierung seien nicht vorhanden.

Herr Sternbeck verweist auf die Sitzung des Kultur- und Sportausschusses am 13.05.2013, in der Herr Eisbrenner die Absicht der BHKW bzw. der Stadtwerke, einen Badneubau ernsthaft zu planen, umfassend begründet habe. Er weist darauf hin, dass die vorhandenen Bäder im Falle einer Sanierung für längere Zeit den Betrieb unterbrechen müssten. Ferner verdeutlicht er, dass die Zustimmung zum vorliegenden Antrag nicht mit der Zustimmung zu einem Neubau gleichzusetzen sei. Herr Sternbeck fährt fort, dass der wirtschaftliche Effekt bei einer Sanierung nahezu ebenso groß sei wie die Kosten für einen Neubau.

Daraufhin fasst der Rat mit 31 Ja-Stimmen bei 6 Gegenstimmen folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. befürwortet das Vorhaben der Wirtschaftsbetriebe Neustadt a. Rbge. GmbH, die Planung und den Bau eines Hallenbades mit Freibademöglichkeit in der Kernstadt der Stadt Neustadt a. Rbge. voranzutreiben.

**21. Annahme der Spende in Höhe von 2.968,62 EUR von "Hit-Radio Antenne hilft e. V.", Goseriade 9, 30159 Hannover, zum Bau des Spielplatzes in Otternhagen**

**2013/130**

Der Rat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Spende in Höhe von 2.968,62 EUR von „Hit-Radio Antenne hilft e. V.“, Goseriade 9, 30159 Hannover, gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i.V.m. § 25 a Absatz 1 GemHKVO zu.

**22. Annahme von freiwilligen Zuwendungen mit einem Gesamtwert von 9.125,73 EUR;  
Förderverein der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge.,  
Leinstraße 85, 31535 Neustadt a. Rbge.**

2013/148

Der Rat fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. stimmt der Annahme der Spenden des Fördervereins der Kooperativen Gesamtschule Neustadt a. Rbge., vertreten durch Frau Rita Grehl, gemäß § 111 Absatz 7 NKomVG i.V.m. § 25 a Absatz 1 GemHKVO zu.

**23. Bekanntgaben**

- a) Herr Hayek gibt bekannt, seit dem 05.08.2013 bei der vhs Hannover in der Leitung mit Führungsaufgaben beschäftigt zu sein. Als Angestellter der Volkshochschule sei er daher auch nicht mehr als Ratsherr Mitglied der Verbandsversammlung. Die Fraktion der Grünen werde für die nächste Ratssitzung einen Nachfolger bzw. eine Nachfolgerin benennen.
- b) Frau Heidemann stellt den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, Drucksache Nr. 165/2013, vor. Sie führt ergänzend aus, dass sich die Verwaltung zurzeit in einem Verbesserungs- bzw. Veränderungsprozess befinde, der von vielen Stellenwechseln begleitet sei. Deshalb werde die Umsetzung vieler der Gleichstellung dienenden Maßnahmen noch einige Zeit beanspruchen. Eine wichtige Aufgabe werde die Erstellung eines Gleichstellungsplanes im Rahmen Personalentwicklung sein. Derzeit seien mehr Frauen als Männer bei der Stadt Neustadt a. Rbge. beschäftigt, dieser Anteil schrumpfe jedoch gemessen an der tatsächlichen wöchentlichen Beschäftigungszeit massiv. Der größere Teil der Führungskräfte sei männlich, was unter anderem auf einen Mangel an Bewerberinnen sowie fehlende Qualifikationen bzw. Erfahrung zurückzuführen sei.

Frau Heidemann stellt eine neue Broschüre als Wegweiser für Familien vor. Sie berichtet über die Arbeit des Arbeitskreises Barrierefreiheit. Der durch ihre Sprechstunde angebotene Beratungsbedarf sei stark angestiegen. In Bezug auf das Thema Integration sei Frau Heidemann aktiv im Arbeitskreis Integration. Sie wirbt für eine Einladung der Moschee Neustadt a. Rbge. zu einem internationalen Familienfest am 01.09.2013. Abschließend dankt Frau Heidemann für die Zusammenarbeit und Unterstützung in den vergangenen Jahren.

Frau Lamla spricht im Namen der Fraktion der Grünen ihren Dank und ihre Anerkennung für die von Frau Heidemann geleistete Arbeit aus. Sie stellt zwei Fragen über geplante Maßnahmen im Bereich der Gleichstellung, die von Frau Heidemann

**24. Anfragen**

Herr Porscha schlägt vor, die für den 17.09.2013 vorgesehene Sitzung des Schulausschusses ein bis zwei Wochen später zu terminieren. So könne dort über das ebenfalls am 17.09.2013 stattfindende Grundschulforum berichtet werden. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

- - -

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Ratsvorsitzender Hayek um 20:27 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ratsvorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin

Neustadt a. Rbge., 03.03.2014